

ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN FÜR EINKOMMENSCHWACHE FAMILIEN

RESOLUTION der Mitte-Links CSP Freiburg für die Umsetzung der verfassungsmässigen Pflicht, einkommensschwachen Familien ergänzende Leistungen auszurichten.

Einleitung

Im März 2010 haben die beiden Grossräte Bruno Fasel und Hans-Rudolf Beyeler (ehem.) mittels Motion den Staatsrat beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien zu schaffen.

In der Antwort des Staatsrates vom September 2010 war zu lesen, dass die Vorbereitungsarbeiten dazu bereits weit fortgeschritten seien und im Verlaufe des ersten Halbjahres 2011 ein entsprechender Gesetzesvorentwurf in die Vernehmlassung gegeben würde. Dementsprechend hat er dem Grossen Rat die Annahme der Motion beantragt, welche in der Folge am 11. November 2010 mit einer grossen Mehrheit (64 JA, 5 NEIN, 16 Enthaltungen) als erheblich erklärt wurde (mit einer Fristverlängerung für die Folgegebung bis 30. Juni 2012).

Im März 2014 haben die beiden Grossräte Bernhard Schafer (ehem.) und Bruno Fasel sich mittels einer parlamentarischen Anfrage nach dem Umsetzungsstand erkundigt. Die Antwort des Staatsrats fiel ernüchternd aus: „... die finanzielle Situation des Staatsvoranschlages bez. dessen Entwicklungstendenzen haben den Staatsrat veranlasst, die Zeitachse der Realisierung wiederholt hinauszuschieben“. „So ist eine Umsetzung in dieser Legislatur nicht mehr als realistisch einzuschätzen. Ab 2018 sind jedoch im Finanzplan Beträge vorgesehen...“

Politische Haltung der Mitte-Links-CSP

Für die Mitte-Links CSP ist dieses Vorgehen und erneute Hinauszögern nicht zu akzeptieren.

- Dies ist ein „auf die lange Bank schieben“ – wer weiss wie die finanzielle Situation im 2018 aussieht?
- Es fehlt klar am politischen Willen.
- Die Kantonsverfassung wird nicht ernst genommen, da der Verfassungsauftrag weiterhin nicht realisiert wird.
- Die zu erwartenden Kosten betragen ca. sieben Millionen Franken netto, das sind 0,2 % des Gesamtbudgets von drei Milliarden!
- Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien können ein Schlüsselement in der Armutsbekämpfung sein. Sieben Millionen Franken sollen uns dies für die Reduktion der Familienarmut in unserem Kanton wert sein. Schlussendlich misst sich die Stärke des Volkes immer noch am Wohl des Schwachen!

Forderungen an den Staatsrat

Die Mitte-Links-CSP des Kantons Freiburg fordert den Staatsrat auf:

- Die schon mehrfach verschobene Umsetzung des gesetzlichen Auftrags des Grossen Rates umgehend an die Hand zu nehmen, sind doch gemäss Aussagen des Staatsrates die Arbeiten hierzu schon weit fortgeschritten.
- Dem Grossen Rat bis Mitte Juni 2015 einen Gesetzesentwurf für die Schaffung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien vorzulegen.